

# ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 12. Oktober 2020 – 3/2020

/// Rechtsextremer Protest?

## Zur Dynamik der Corona-Demonstrationen

**Uwe Backes** /// Trotz vieler Lockerungen nach dem Ende des Lockdowns sind die Teilnehmerzahlen von Corona-Protestdemonstrationen („Hygiene-Demos“) seit Ende Juli 2020 nach vorherigem Rückgang erheblich angestiegen. Auch wenn die Mobilisierungsbemühungen rechtspopulistischer / rechtsextremistischer Akteure für diese Entwicklung nicht wesentlich sein dürften, verdienen sie schon wegen ihres antidemokratischen Dekonsolidierungspotenzials besondere Beachtung.

- ◆ Der für manche Beobachter überraschende Wiederanstieg der bundesweiten Teilnehmerzahlen von Corona-Protesten nach Beendigung des Lockdowns ist nicht in erster Linie Resultat erfolgreicher Mobilisierung von rechtsaußen.
- ◆ Für rechtspopulistische / rechtsextremistische Akteure ist die Corona-Pandemie ein weit weniger mobilisierungsträchtiges Thema als die „Migrationskrise“.
- ◆ Dennoch offenbart die Corona-Mobilisierung die Empfänglichkeit von Teilen der Bevölkerung für Verschwörungstheorien, die überwiegend von rechtsextremen Akteuren instrumentalisiert werden können.

# Zur Dynamik der Corona-Demonstrationen

## Rechtsextremer Protest?

Uwe Backes

### Mobilisierungswellen

Eine interne, noch etwas lückenhafte, aber wegen ihrer methodischen Systematik dennoch aussagekräftige Auswertung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden zu den Teilnehmerzahlen von Corona-Protest-Demonstrationen in Deutschland (u. a. auf der Grundlage filmischer Internetquellen) zeigt nach einem ersten Mobilisierungshöhepunkt im Mai 2020 (Gipfel: 9. Mai mit ca. 10.000 Teilnehmern bundesweit) einen deutlichen Rückgang im Juni / Juli, gefolgt von einem erneuten Anstieg auf ein im Mai nicht erreichtes Mobilisierungsniveau (1. August 2020 Berlin: mindestens 35.000 Teilnehmer; 29. August 2020 Berlin: mehr als 40.000 Teilnehmer). Die gemischte soziale Zusammensetzung der Protestierenden und die heterogenen Protestthemen weichen von lange Zeit dominierendem Typus dezidiert „linker“ Straßenmobilisierung ab und zeigen das bunte Bild einer bürgerlichen Demonstrationskultur, die so in Deutschland vor zwanzig Jahren noch nicht existierte.

### Einflussbemühungen rechtsaußen

Es kann – schon angesichts der fehlenden Linkszentriertheit der Proteste – nicht überraschen, dass rechtsextreme Akteure von Anbeginn den Versuch unternahmen, sie für ihre Anliegen zu vereinnahmen, den sich artikulierenden Unmut zu kanalisieren und auf die eigenen Mühlen zu lenken. Sie hofften darauf, erneut politischen Rückenwind zu gewinnen, nachdem das in den Jahren 2014 bis 2017 dominierende Angstmotiv Migration infolge sinkender Flüchtlingszahlen und des Ausbleibens spektakulärer dschihadistischer Anschläge (wie auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016) an Mobilisierungswirkung eingebüßt hatte.

Für rechtsextreme Akteure war die Corona-Pandemie von Anfang an jedoch ein schwieriges Problemfeld. Mit dem Mobilisierungsthema Nr. 1 („Massenmigration“) hätte es sich nur dann effektiv verbinden lassen, wenn ein jüdischer oder muslimischer Ursprung plausibel erschienen wäre. Die Ventilierung entsprechender Verschwörungsmymen erklärt sich teilweise aus dem Bemühen, die Ursache des Übels in den klassischen Feindgruppen zu lokalisieren. Allerdings ist der Antisemitismus für den AfD-„Flügel“ (anders als für die NPD und andere NS-affine rechtsextremistische Gruppierungen) und dessen „neu-rechtes“ intellektuelles Umfeld (Institut für Staatspolitik, Identitäre) kein zentrales Anliegen, während die Muslimfeindlichkeit im konspirationstheoretischen Themenhaushalt bislang keine Rolle zu spielen scheint.

„Hartes Durchgreifen“ imponiert normalerweise extremen Rechten. Dazu passte, dass sich die AfD (auch gemäßigte Vertreter) im März 2020 als Mahnerin vor Leichtsinnigkeit im Umgang mit der Pandemie zu profilieren suchte. Alice Weidel kritisierte am 12. März 2020, in vielen EU-Ländern sei das „öffentliche Leben praktisch“ lahmgelegt worden, während sich das Virus in Deutschland „ungehindert ausbreiten“ könne. Nach dem Lockdown erschrak sie über dessen ökonomische Konsequenzen und forderte, die Beschränkungen für die Wirtschaft „sofort“ wieder zu beseitigen. Auf einer Demonstration in Stuttgart im Mai folgte dann die Kehrtwende zur „Antirepression“, als sie die Maßnahmen der Bundesregierung „vordemokratisch“<sup>1</sup> nannte und die vermeintlich oft nicht nachvollziehbare Einschränkung von Grundrechten kritisierte. Dieser Schlingerkurs dürfte dazu beigetragen haben, dass die AfD anders als in der „Flüchtlingskrise“ laut Meinungsumfragen nicht vom Protestthema Corona profitieren konnte, zumal der seit Januar 2019 härter gewordene, die Partei in ihrer Existenz bedrohende, innerparteiliche Machtkampf bis heute unentschieden ist.

Die Corona-Pandemie traf folglich auf eine in ihrer Mobilisationskraft geschwächte AfD. Die Partei war zudem (wie in anderen Feldern auch) nicht in der Lage, sich auf eine einheitliche Linie zu verständigen. Während der Corona-Krise eskalierte die innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen den gemäßigteren Teilen um Jörg Meuthen und den Repräsentanten und Unterstützern des vom Verfassungsschutz als extremistisch bewerteten „Flügels“, dessen Vertreter der AfD-Bundesvorstand mit Meuthen an der Spitze im März 2020 zur demonstrativen Selbstauflösung aufforderte. Zudem drang Meuthen auf die Annullierung der Parteimitgliedschaft des brandenburgischen AfD-Spitzenfunktionärs Andreas Kalbitz, dessen unzweifelhaft rechtsextremistisches Vorleben Gegenstand der im Januar 2019 publik gewordenen Verfassungsschutz-Auswertung war. Die Schärfe der Auseinandersetzung erhellt folgender Vorgang: Der thüringische AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke gab im Juni 2020 auf Facebook kund, zum dritten Mal in der AfD-Parteigeschichte wolle „einer unserer Bundessprecher Teile der Partei mundtot machen oder sogar aus der Partei drängen.“<sup>2</sup>

Das Lavieren der Partei in Sachen Corona zeigte sich auch in ihrer Haltung zum Tragen einer Mund- / Nasenbedeckung: Einerseits forderten Meuthen und Weidel (ausnahmsweise einmal einig) „Schluss mit der Maskenpflicht“, andererseits konnten AfD-Mitglieder im digitalen Fanshop eine blau-weiße Maske mit dem Aufdruck „Freiheit AfD“ zum Stückpreis von 6,- Euro erwerben.<sup>3</sup> Die Gespaltenheit der Partei zeigte sich auch, als der Protest ab Ende Juli wieder höhere Wellen schlug. An den Protesten in Berlin Ende August nahmen zahlreiche Abgeordnete der AfD teil, obwohl der Bundesvorsitzende Meuthen dies mit Skepsis sah und intern die Befürchtung äußerte, so entstünden Bilder, „wie sie einst 2018 auf einem von ‚Flügel‘-Anhängern um den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke und Andreas Kalbitz angemeldeten Trauerzug in Chemnitz entstanden waren, an dem auch Neonazis und Rechtsextremisten teilnahmen“.<sup>4</sup> Diese Befürchtung war wohlbegründet, da neben AfD-Politikern wie Björn Höcke, Tino Chrupalla, Alice Weidel und Stephan Brandner (und deren Bündnispartner bei den „Identitären“, bei „Compact“ und „Sezession“) auch rechtsextreme Konkurrenten wie der radikalisierte TV-Koch Attila Hildmann, der Soul- und R&B-Musiker Xavier Naidoo, der ehemalige AfD-Politiker André Poggenburg (berühmt-berüchtigt für seine „Kameltreiber“-Rede), die NPD und die neonationalsozialistische Kleinpartei Der Dritte Weg zur Teilnahme an den Protesten in Berlin Ende August 2020 aufriefen.<sup>5</sup>

Andere etablierte rechtsextreme Akteure verfügten nicht annähernd über das Mobilisierungspotenzial der AfD. Die noch in der „Flüchtlingskrise“ hoch engagierte NPD war nur mehr ein Schatten ihrer selbst. Sie verband die Auswirkungen der Corona-Krise mit fundamentaler Globalisierungskritik, nahm ange-

sichts des politischen Kurses der Regierungen aber eine lavierende Haltung ein: „Die Maßnahmen der politisch Verantwortlichen zur Eindämmung der Corona-Krise sind in höchstem Maße umstritten. Sind sie sinnvoll und notwendig? Oder sinnlos und völlig überzogen? Egal, zu welcher Antwort man kommt, eines ist klar: ‚Corona‘ weist auf massive Schwächen und katastrophale Fehler des politischen und wirtschaftlichen Systems hin.“<sup>6</sup>

## **Bewegungsunternehmer und ihre Chancen**

Die Proteste verfügten zumindest in den ersten Monaten somit über keinen etablierten Akteur, der in der Lage gewesen wäre, sie organisatorisch zu bündeln, auf zentrale Orte zu konzentrieren, Ressourcen zu mobilisieren und Themen zu besetzen. Dies erklärt die geographische Streubreite und den Eindruck äußerster Heterogenität mit Protestmotiven, die zwischen links und rechts oszillieren (Kapitalismuskritik, Elitenkritik, Medienschelte etc.).

Immerhin gingen aus der Krise neue Akteure hervor, deren Engagement mit erklärt, warum der Protest trotz Maßnahmenlockerung ab Ende Juli wieder anschwellen konnte. Das gilt besonders für Querdenken 711, eine im April 2020 von dem Stuttgarter IT-Unternehmer Michael Ballweg gegründete Initiative, die den Protest, wesentlich gestützt durch eine hochprofessionelle Nutzung des Internets und der Sozialen Medien, Ende Juli aus der baden-württembergischen Hauptstadt nach Berlin trug. Zudem bildeten sich Ableger u. a. in Darmstadt, Hamburg, Magdeburg (Querdenken 391), Berlin (Querdenken 30). Die Querdenker-Kundgebungen kanalisiert den Protest der Politikverdrossenen, Frustrierten, Verängstigten, wirtschaftlich in ihrer Existenz bedrohten, zogen aber auch Protestler mit rechtsextremen und antisemitisch-verschwörungstheoretischen Ideen an, so dass sich Ballweg immer wieder von entsprechenden Aktivitäten distanzieren musste. Ballweg leistete aber auch Verschwörungsmuthe Vorschub, wenn er Sympathie für Demonstrationsteilnehmer mit „Q“-T-Shirts äußerte; für ihn bedeute „Q“ „question“, also zum Nachdenken und Recherchieren anzuregen.<sup>7</sup> Auf einer von Querdenken 711 organisierten Demonstration in Stuttgart sprach der ehemalige RBB-Journalist und YouTuber Ken Jebesen, der Verschwörungserzählungen um Bill und Melinda Gates‘ Rolle beim Ausbruch der Corona-Pandemie ventilierte.<sup>8</sup> Nach den Berliner Ausschreitungen vor dem Reichstagsgebäude am 29. August 2020 behauptete Ballweg, viele Demonstrationsteilnehmer hätten nicht gewusst, was die von „Reichsbürgern“ geschwenkte „Reichskriegsflagge“ bedeute. Auf die Meinung seines Pressesprechers angesprochen, Deutschland sei kein souveräner Staat, antwortete Ballweg, Bergmann dürfe „ja auch noch seine private Meinung haben“.<sup>9</sup>

Andere Bewegungsunternehmer mussten wegen unüberbrückbarer Divergenzen ihr Engagement einschränken. Das gilt etwa für die Initiative „Widerstand 2020“ des Leipziger Rechtsanwalts Ralf Ludwig, die zur Bundestagswahl 2021 antreten will, aber selbst eingesteht, sie habe in ihrer „Eilbedürftigkeit Fehler gemacht“ und müsse einen „Neustart“<sup>10</sup> vorbereiten.

Protestbewegungen kennzeichnet eine hohe Dynamik im Blick auf Mobilisierungspotenziale, Akteure, Themen und Ressourcen. Professionalität des Agierens im Internet und in den Sozialen Medien ist dabei eine entscheidende Erfolgsbedingung. Allem Anschein nach haben sich die rechtsextremen Einflüsse in der letzten Mobilisierungswelle seit Ende Juli etwas verstärkt, während die anfänglich engagierten Akteure von links auf Distanz gegangen sind. Von einer „Querfront“ kann nicht ernsthaft die Rede sein, auch

wenn „rechte Leute von links“ wie Jürgen Elsässer mit „Compact“ (und entsprechenden Verkaufsständen), teilweise mit medialer Unterstützung durch moskaufinanzierte Medien (RT, Sputnik), durch die Lande ziehen und vom Protest zu profitieren versuchen.

## **Empfehlungen**

Ein erneuter General-Lockdown ist, wo irgend möglich, zu vermeiden, da er nicht nur die deutsche Wirtschaftskraft nachhaltig schädigen, sondern auch die Mobilisierungschancen rechtspopulistischer / rechtsextremistischer Bewegungsunternehmer drastisch erhöhen würde. Die kriselnde AfD könnte daraus neue Kraft schöpfen.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen im Corona-Protest sollte differenziert geführt werden. Die Faschismuskeule („Nazis“) löst Solidarisierungseffekte aus und ermöglicht es der AfD und ihren Verbündeten, sich als Opfer unfairer politischer Angriffe in Szene zu setzen.

Die sich wandelnden Formen der Fundamentalkritik an den demokratischen Parteien und Eliten sind eine Herausforderung für die demokratische Streitkultur ebenso wie für die politische Bildung. Besondere Beachtung verdient der Einsatz Sozialer Medien, mit denen neue Akteure ihre Kommunikationsdefizite in den klassischen Formaten kompensieren und so ihre Fähigkeiten auf innovativen Kommunikationskanälen stärken. Die großen demokratischen Parteien müssen darauf noch überzeugender reagieren.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Zitiert nach Klaus, Julia: Machtkampf auf offener Bühne, 24.5.2020, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-afd-protest-demo-stuttgart-weidel-100.html>, Stand: 1.6.2020.
- <sup>2</sup> Zitiert nach: Diskurs um „Causa Kalbitz“: AfD-Bundeskonvent stellt sich hinter Meuthen, <https://www.n-tv.de/politik/AfD-Bundeskonvent-stellt-sich-hinter-Meuthen-article21860535>, Stand: 12.8.2020.
- <sup>3</sup> Vgl. Thorwarth, Katja: Maske der „Freiheit“: Das blau-braune Corona-Chaos der AfD, in: Frankfurter Rundschau, 30.7.2020.
- <sup>4</sup> Weiland, Severin: AfD und Proteste gegen die Corona-Politik, in: Der Spiegel Online, 2.9.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/proteste-gegen-die-corona-massnahmen-afd-auf-kurssuche-a-9390b895-42a1-48e6-b78b-c390d155f438>, Stand: 10.9.2020.
- <sup>5</sup> Vgl. Betschka, Julius: So will die extreme Rechte den Corona-Protest unterwandern, in: Der Tagesspiegel, 25.8.2020.
- <sup>6</sup> NPD (Hrsg.): Corona beweist: Die Globalisierung ist ein Irrweg! Flugblatt, <https://npd-materialdienst.de/de/Flugblaetter/corona.html>, Stand: 5.5.2020.
- <sup>7</sup> Vgl. Henzler, Claudia: Reichsbürger trifft Impfskeptiker, 31.8.2020, <https://www.tagesanzeiger.ch/reichsbuerger-trifft-impfskeptiker-361555965291>, Stand: 2.9.2020.
- <sup>8</sup> Vgl. Opel, Hannes: Wer die „Corona-Demonstrationen“ in Stuttgart organisiert, in: Stuttgarter Zeitung, 8.5.2020.
- <sup>9</sup> Zitiert nach: „Die ein oder andere Reichsfahne war zu sehen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 2.9.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruender-der-initiative-querdenken-711-ueber-reichsflaggen-16934259.html>, Stand: 15.9.2019.
- <sup>10</sup> <https://widerstand2020.de/>, Stand: 10.9.2020.

## Prof. Dr. Uwe Backes

Stv. Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden und lehrt dort am Institut für Politikwissenschaft